

KREMSENER NACHRICHTEN

Wechsel bei der KLS

Gneixendorf

Schlechte Note für
Stadtfinanzen!



Erscheinungsort, Verlagspostamt: 3500 Krems – Nr. 1-2010

Leise sag ich Servus!

Sehr geehrte Kremserinnen und Kremser!

Nach dreißig Jahren in der Kremser Stadtpolitik, davon 25 Jahre als Gemeinderat, sehe ich es an der Zeit, Teile meiner Aufgaben in andere Hände zu legen.

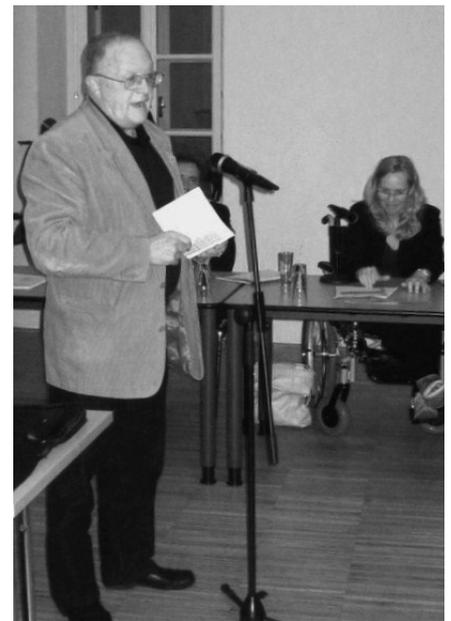
Deshalb habe ich mich entschlossen, mein Gemeinderatsmandat an Mag. Wolfgang Mahrer zu übergeben. Er hat bei den letzten Wahlen als Parteiloser neben mir an zweiter Stelle der KLS-Liste kandidiert und bekam viel persönliche Zustimmung. Seit fast zehn Jahren hat er mich bei meiner Arbeit für die Interessen der Kremser Bürgerinnen und Bürger unterstützt, indem er vor allem die Berichterstattung in den „KREMSENER NACHRICHTEN“ übernahm. Auch in der Kremser Zukunftskonferenz war er ein Mann der ersten Stunde. Vielen Kremsern konnte er als Funktionär eines Behindertenverbandes mit Kompetenz und Beharrlichkeit zu ihren sozialen Rechten verhelfen.

Bei der Beurteilung, worin die

Wirksamkeit der Arbeit eines KLS-Gemeinderates liegt, stimmen Mag. Mahrer und ich vollkommen überein. Die Aufgabe eines KLS-Gemeinderates sehen wir nicht darin, sich bei Eröffnungen in die 1. Reihe zu drängen, um ja auf möglichst vielen Fotos bewundert werden zu können.

Vielmehr geht es um genaue Recherchen zu jedem einzelnen Tagesordnungspunkt der Gemeinderatssitzungen und die ehrliche Information der Kremser Bürgerinnen und Bürger darüber. Oft sind hinter scheinbar harmlosen Fakten, geschickt massive Interessen Einzelner zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung verborgen. Immer häufiger haben sich aber engagierte Bürger in den letzten Jahren zusammengeschlossen, um ihren Lebensraum gegen die Profitinteressen Einzelner zu verteidigen. Umso wichtiger war und ist es, im Kremser Stadtparlament einen Mandatar zu haben, der aus Überzeugung gegen die Profitlobbyisten und ihre versteckte Unterstützung durch ÖVP, SPÖ und FPÖ auftritt.

(Fortsetzung auf Seite 2)



GR Franz Kral verabschiedete sich nach 25 Jahren mit einer emotionalen, aber heiteren Rede vom Kremser Gemeinderat. Er betonte den persönlich freundschaftlichen Umgang miteinander im Gemeinderat trotz aller sachlichen und ideologischen Differenzen. Die Reaktion der Kollegen aller Fraktionen brachte Bedauern und Respekt zum Ausdruck.



Einen erholsamen Urlaub
wünschen
allen unseren
Leserinnen und Lesern sowie Freund-
innen und Freunden

Franz Kral
und die KPÖ-Krems
sowie Ihr KLS-Gemeinderat
Mag. Wolfgang Mahrer

Leise sag ich Servus! (Fortsetzung von Seite 1)

Die Funktion eines KLS-Gemeinderates könnte man bildlich mit dem Polizisten am Rande eines gefährlichen Straßenstückes vergleichen. Er braucht erst gar nicht zu strafen. Seine sichtbare Anwesenheit bremst riskantes Fahrverhalten von sich aus ein und schafft so Sicherheit für die anderen Verkehrsteilnehmer.

Unsere „KREMSER NACHRICHTEN“ sind, um in obigen Vergleich zu bleiben, das drohende Strafmandat und damit, in ihrer Funktion als Aufdecker von Skandalen der Stadtpolitik, ein Garant für eine sauberere Verwaltung unserer Stadt.

In diesem Sinne werde ich meinen Nachfolger mit meiner ganzen Erfahrung unterstützen, damit diese „Schutzfunktion“ für Gerechtigkeit und Bürgerinteressen in unserer Stadtpolitik weiter erhalten bleibt.

Selbst werde ich natürlich weiter politisch im Rahmen meiner Partei tätig bleiben. Ein wesentlicher Teil meiner Arbeit wird der „Kultur Mitte“ gehören. Mit Stolz betrachte ich, wie stark sich hier in Krems Kultur, über alle Grenzen von Parteien oder sozialen Schichten hinweg, als integrative Kraft etabliert hat.

Somit darf ich mich als Gemeinderat bei Ihnen, werte Leserinnen und Leser, für Ihr Vertrauen und bei vielen auch für ihre Unterstützung bedanken. Spezieller Dank gilt den Magistratsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern, welche mich unterstützten, meine zahlreichen Fragen geduldig beantworteten und mir so meine Arbeit erleichtert haben.

Mit der Bitte, meinem Nachfolger Mag. Mahrer, in ebensolcher Weise Vertrauen und Unterstützung zukommen zu lassen, verbleibe ich

Mit freundlichen Grüßen Ihr

Die öffentliche Hand verabschiedet sich von Ihrem Infrastrukturauftrag!

Die Meldungen sind längst zur Routine geworden. Postämter, Bahn- und Buslinien im ganzen Land werden stillgelegt.

Vor wenigen Jahren war es selbstverständlich, dass der Bürger für seine Steuerzahlungen ein Bündel an öffentlicher Infrastruktur bekommen hat. Heutzutage wird von der Politik alles nach Gewinn-Gesichtspunkten betrachtet. Was nichts bringt wird zugesperrt, extrem verteuert und/oder so verschlechtert, dass die Bürger damit kaum mehr etwas anfangen können.

Krems ist ein Musterbeispiel um wie viel weniger der Bürger heute für sein Steuergeld bekommt. Nach dem Postamt in Stein sollen jetzt die Postämter in der Mitterau und in Ler-

chenfeld geschlossen werden.

Jetzt steht auch die gerade vom Land erworbene Wachau-Bahn zum 100-Jahr-Jubiläum laut Befürchtungen von NR Sacher vor der Stilllegung.

Stadt- und Regionalbuslinien werden zwar laufend teurer, das Angebot aber auch laufend gekürzt. Busse am Samstag wurden längst zur Seltenheit. Für Autobahnbenützung und Parken zahlt man ja sowieso schon lange. Wasser, Kanal und Müll wurden in Krems während der letzten drei Jahre um 20 Prozent verteuert!

Es ist an der Zeit, sich als Steuerzahlender Bürger zu fragen, wieso man für immer höhere Steuern immer weniger Leistung bekommt!



Krach um Kremser Bahnhofsparkdeck!

Als vor vielen Jahren das Bahnhofsparkdeck errichtet wurde, haben es ÖBB und Stadt gemeinsam finanziert. Später gab es wegen der gemeinsamen Finanzierung sogar eine direkte Anbindung eines benachbarten Wohnhauses mit einer Fußgängerbrücke.

Jetzt wollen die ÖBB diese AnrainerInnen und andere Nicht-BahnkundInnen mittels einer Schrankenanlage aussperren. Die „Fremdnutzung“ liegt laut ÖBB bei ca. 35 Pro-

zent, das entspricht 170 Fahrzeugen. Bei 4.000 BahnpendlerInnen und insgesamt 1.000 Stellplätzen in Bahnhofsnähe (davon 547 am Parkdeck) werden aber diese ausge-

(Fortsetzung auf Seite 7)



Wechsel bei der KLS im Gemeinderat!

Interview der Kremser Nachrichten (KN) mit dem neuen KLS-Gemeinderat

KN: Was ist Ihre Motivation Franz Kral im Kremser Gemeinderat abzulösen?

Mag. Mahrer: Von meinem Großvater und meiner Mutter habe ich das Engagement für unsere Stadt geerbt. Leider wird die Stadt seit langem schlecht verwaltet, wie die Skandale um die Bürgerspitalstiftung, Messe AG usw. sowie die extreme Verschuldung zeigen.

Seit vielen Jahren kämpfe ich an der Seite meines Freundes Franz Kral für mehr Transparenz, Kontrolle und Bürgernähe in Krems. Jetzt hat er mich gebeten, ich möge an seine Stelle treten. Da wir die vergangene Wahl gemeinsam bestritten, ist es eine Selbstverständlichkeit, seinem Wunsch nachzukommen.

KN: Sie werden das KLS-Mandat übernehmen, bezeichnen sich aber selbst als parteilos. Wie passt das zusammen?

Mag. Mahrer: Es stimmt, ich bin nicht Mitglied der KPÖ, aber von ganzem Herzen Linker – parteilos, aber sicher nicht unpolitisch. In erster Linie bin ich Kremser! Meine Vorstellung von der Ausübung eines Gemeinderatsmandates ist es, ausschließlich den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt zu dienen, und nicht den Interessen von Parteien oder ihrer „Sponsoren“. Ich könnte mich nie einem „Klubzwang“ unterwerfen, wie es die anderen Parteien verlangen.

KN: Was wird für Sie als Gemeinderat wichtig sein?

Mag. Mahrer: Für mich zählt nur, was im Interesse der KremserInnen, besonders der sogenannten kleinen Leute ist. Dazu gehört an oberster Stelle eine objektive Kontrolle der Kremser Stadtverwaltung. Wer die Kontrollamts- und Rechnungshofberichte zu unserer Stadt gelesen hat weiß, dass Beanstandun-

gen an der Tagesordnung sind und Skandale wie der der Bürgerspitalstiftung durch bewusste Ausschaltung des Kremser Kontrollamtes und Gemeinderates durch die ÖVP erst möglich wurden.



Der neue KLS-GR Mag. Wolfgang Mahrer

Dass Bürgerinteressen mit Füßen getreten werden, hat sich bei der Behandlung der Bauproblematik am Steindl und jetzt gerade in Gneixendorf gezeigt. Profit kommt weit vor Bürgerrechten. Gegen diese Art der Politik gilt es massiv aufzutreten und die Bürgerbewegungen zu unterstützen. Spekulanten dürfen nicht länger bestimmen, was in Krems geschieht!

KN: Haben Sie Vorbilder für Ihr politisches Engagement?

Mag. Mahrer: An 1. Stelle kommt da sicher mein Freund Franz Kral, der 25 Jahre lang als Gemeinderat erstklassige Arbeit geleistet hat. Er war sicher

immer der am besten informierte Mandatar im gesamten Gemeinderat. Hätte ich nicht die Gewissheit, dass er mich in Zukunft mit seiner Erfahrung unterstützen wird, würde ich diese Aufgabe nicht übernehmen.

Dann bin ich ja auch noch erheblich familiär vorbelastet. Mein Großvater war nach dem 1. Weltkrieg bis 1934 Stadtrat der Sozialdemokraten für die städtischen E-Werke und später für Soziales. Er war damals einer der Pioniere der Arbeiterklasse in der Kremser Stadtpolitik. Meine Mutter hat nach dem 2. Weltkrieg als Schul- und Kulturstadträtin die Basis für Krems als Schulstadt gelegt und damit auch Pionierarbeit geleistet. Sie hat sogar erreicht, dass die Rote Armee die Kremser Kaserne räumte, um sie Krems als Schulraum zu überlassen. Eine Kaserne für Schulen, das war kurz nach dem Krieg etwas Einmaliges und eine Riesenchance für Krems – tausende fremde Soldaten weniger, dafür Raum für Schulen!

KN: Wie haben Sie sich bisher in unserer Stadt engagiert?

Mag. Mahrer: Als Exportkaufmann und Geschäftsführer eines führenden Osthandelsunternehmens habe ich Waren österreichischer und auch namhafter Kremser Betriebe exportiert und so Arbeitsplätze gesichert. In der Kremser Zukunftskonferenz arbeitete ich als Leiter einer Arbeitsgruppe von Anfang an mit. Seit vielen Jahren gestalte ich die „KREMSENER NACHRICHTEN“ mit und stehe damit mitten im stadtpolitischen Geschehen! Von so mancher „Sauerei“ hätten die KremserInnen sonst wohl nie erfahren.

KN: Welche Voraussetzungen für Ihr Engagement bringen Sie mit?

Mag. Mahrer: Als erstes viel Liebe zu meiner Heimatstadt. Durch mein Studium der Betriebswirtschaft kann ich die wirtschaftlichen Interessen, die oft verborgen hinter Gemeinderatsanträgen stehen, leichter erkennen. Das Studium hat aber auch die Grundzüge des Verwaltungsrechtes umfasst.

Eine meiner wesentlichen Eigenschaften ist die Konsequenz, mit der ich

(Fortsetzung auf Seite 4)

Lebenslauf Mag. Wolfgang Mahrer

Geboren: 1949 in Krems

Ausbildung: Matura am BRG Ringstraße und Studium an der Wirtschaftsuniversität Wien

Familie: verheiratet, 3 Söhne

Wohnort: Egelsee

Beruf: seit Herbst 2009 in Pension

Wechsel bei der KLS im Gemeinderat! (Fortsetzung von Seite 3)

Interview der Kremser Nachrichten (KN) mit dem neuen KLS-Gemeinderat

Dinge vorantreibe. Vielen Menschen mit Behinderungen habe ich zu ihren sozialen Rechten verholfen. Diese Menschen wissen, wie mühsam dies oft war. Unabhängigkeit und Ehrlichkeit sind weitere Grundsätze meiner Arbeit. Mich kann man nicht vereinnahmen, mich kann man nur mit Objektivität und Sachargumenten überzeugen.

KN: Noch eine Frage zum Abschluss: Haben Sie ein Motto für Ihre Arbeit als Gemeinderat?

Mag. Mahrer: Ja: „Ein freier Mandatar für freie BürgerInnen“

Die Landesleitung der KPÖ-NÖ dankt GR Franz Kral:

Lieber Franz!

Wir betrachten Deinen Entschluss, Dein Gemeinderatsmandat weiterzugeben, mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Einerseits traurig, dass Du Dich aus dem Gemeinderat zurückziehst, andererseits froh und stolz, dass wir Kommunisten mit Dir 25 Jahre lang den profiliertesten Verteidiger von Bürgerinteressen im Kremser Gemeinderat stellen konnten. Von Deiner ersten Gemeinderatssitzung am 24. Jänner 1979 an, bis jetzt im Mai 2010 warst Du, wie Dir auch die politischen Mitbewerber attestierten, immer der bestinformierte Mandatar im Stadtparlament.

Wie kein anderer hast Du zu jedem einzelnen Tagesordnungspunkt die Akten studiert, Informationen eingeholt und vorbereitende Sitzungen der Gemeinderatsausschüsse besucht. Bei der Aufdeckung der zahlreichen Skandale der Kremser Stadtpolitik, warst Du derjenige, welcher am konsequentesten die Bevölkerung informiert und die üblichen Vertuschungsversuche unterlaufen hast. Dein „Werkzeug“ in diesem ständigen Kampf von David gegen Goliath waren die „KREMSENER NACHRICHTEN“, die Dir immer sehr am Herzen lagen. Konsequenter hast Du all die Jahre immer und oft als Einziger gegen die ständigen Gebührenerhöhungen und Belastungswellen gestimmt, ausgenommen es standen Leistungsverbesserungen der Erhöhung gegenüber. Manchmal hat die Furcht vor der veröffentlichten Wahrheit mit entsprechend negativem Echo in den „KREMSENER NACHRICHTEN“ die KremserInnen vor Ungemach bewahrt. Du warst sicher der zuverlässigste Partner für Bürgerinteressen und -initiativen. Gekonnt hast Du dabei das Aufeinanderprallen von breiten Bürgerforderungen und Profitinteressen Einzelner aufgezeigt und damit die mitmachenden Stadtpolitiker entlarvt.

Wir sind aber beruhigt, dass Du Deine Nachfolge im Gemeinderat gut vorbereitet hast und weiter mit Deiner enormen Erfahrung zur Verfügung stehen wirst. Ebenfalls besten Dank, dass Du uns in der Bezirksorganisation Krems und in unserer Landesleitung wie bisher zur Seite stehen wirst.

Was Dir mit dem Aufbau des lebendigsten Kremser Kulturtreffs „Kultur Mitte“ gelang, ist eigentlich einzigartig. Dort treffen sich bei Dir als „Hausherrn“ seit über 15 Jahren regelmäßig renommierte Künstler mit Politikern und Prominenten aller politischen Lager. Dies hat Dir hohen persönlichen Respekt breiter Bevölkerungsschichten beschert, zu dem wir Dich ebenfalls beglückwünschen.

Wir können Dir nicht einfach Ruhe und Erholung wünschen, da wir wissen wie viel Du noch mit uns gemeinsam vorhast. So bleibt uns nur ein riesiges DANKESCHÖN zu sagen.

Mit herzlichen Grüßen



*Erich Stöckl
Landesobmann der
KPÖ-Niederösterreich*



Erklärung:

„Wir haben in unserer Zeitung Nr. 4-2008 unter der Überschrift „Messe-AG wird restlos verschleudert!“ unter anderem veröffentlicht dass Herr Goldfuß (Geschäftsführer der LW Werbe- und Verlagsgesellschaft m. b. H.) ein Haus in der Ringstraße 44 günstigst erworben habe. Durch den Text, dass „Herr Goldfuß von der

LW-Werbung“ gegenständliche Liegenschaft in der Stadt Krems erworben habe, könnte der Eindruck entstehen, Herr Goldfuß habe namens der LW Werbe- und Verlagsgesellschaft m. b. H. das Haus erworben und es sei ein Supergeschäft für die LW Werbe- und Verlagsgesellschaft m. b. H. zu Lasten der Stadt gewesen.

Wir erklären ausdrücklich, dass die LW Werbe- und Verlagsgesellschaft m. b. H. das Objekt weder erworben hat, noch in irgendeiner Form in den Kauf involviert war oder ist. Der Kaufpreis wurde auf Basis eines von der Stadt Krems in Auftrag gegebenen Sachverständigengutachtens ermittelt und bezahlt.“

Gneixendorf: Die Rinke-ÖVP will weiter über die Köpfe der Bürger hinweg entscheiden!

Bei der Gemeinderatssitzung am 28. April hat Bgm. Rinke bereits zum zweiten Mal die Tagesordnungspunkte zum GEDESAG-Wohnprojekt Gneixendorf abgesetzt! Wie sehr alle Gneixendorfer ihre Bürgerinitiative unterstützen, zeigte sich darin, dass die Besucherplätze des Gemeinderatssaales mit dutzenden Bürgern dieses Stadtteiles vollkommen überfüllt waren.

Vorabinformationen und ein Informationsblatt der Bürgerinitiative mit Hintergrundinformationen zu Beginn der Sitzung an alle Gemeinderäte ließen es zweifelhaft erscheinen, ob eine Mehrheit für die GEDESAG-Pläne gefunden würde. Mit der Absetzung von der Tagesordnung hat Bgm. Rinke die Flucht nach hinten angetreten und die Suche nach dringend benötigten Verkehrslösungen geht vorerst wieder ohne Bürgerbeteiligung weiter.

Der Kern des Problems liegt darin, dass man von Beginn an die Bevölkerung nicht in dieses Projekt einbezogen hat, obwohl es die Bevölkerungsanzahl Gneixendorfs verdoppeln würde! Bis heute fehlen entsprechende Konzepte vor allem für eine neue Verkehrsinfrastruktur und den Lärmschutz, die die negativen Folgen der Verkehrsverdoppelung so klein wie möglich halten müssten.

Der Lärmschutz sollte, um ganz Gneixendorf vor dem Verkehrslärm von täglich 22.000 Fahrzeugen auf der B37 zu schützen, von der Querung der Wasserhofstraße bis zur Kreuzung beim Schnitzelplatz reichen. Jetzt ist nur ein Lärmschutz für die neue Siedlung geplant. Bei dieser

extrem schmalen Straßen abwickeln kann (auch den jahrelangen Baustellen-Schwerverkehr).

Die Ablehnung des Direktanschlusses zeigt, wie wenig Einfluss Bgm. Rinke als ÖVP-Landtagsabgeordnete bei Pröll und Co. in Wirklichkeit hat.

In der April-Gemeinderatssitzung wollten Bgm. Rinke und STR Stummer von der ÖVP plötzlich eine neue Lösung für die erforderliche Bauzufahrt durchpeitschen. Bei dieser hätte die Stadt der Liegenschaftsverwaltungsgesellschaft die das Bauprojekt der GEDESAG vorantreibt, einen Teil eines ca. 117 ha großen Grünlandgrundstückes in Gewerbegebiet umwidmen sollen.

(Preisunterschied

Grünland ca. 1 €/m² – Gewerbegebiete ca. 30 €/m²: Das ergibt eine tolle „Wertsteigerung“ aus dieser Umwidmung!)

Das geplante Gneixendorfer Gewerbegebiet wäre südlich des Flugplatzes und östlich von der B37 gelegen. So könnte die Liegenschaftsgesellschaft ein zweites Geschäft machen. Denn von eben dieser Lie-

(Fortsetzung auf Seite 6)



Lösung fürchten die Anrainer, dass der Verkehrslärm teilweise in anderen Wohngebieten verstärkt wird.

Bei der Planung des GEDESAG-Projektes wurde eine direkte Zu- und Abfahrt von der B37 zu diesem neuen Wohngebiet vorgesehen, doch lehnte die Landesregierung diese ab! Daraufhin waren die Verkehrsplaner plötzlich der Meinung, dass man den Verkehr auch über die bestehenden,

Gneixendorf

(Fortsetzung von Seite 5)

genschaftsgesellschaft hat die GEDESAG das Grundstück erworben, bei dem es Probleme mit der Bauzufahrt und Verkehrsanbindung gibt.

Für 19. Mai wurde ein Teil dieses Projektes erneut auf die Tagesordnung des Gemeinderates gesetzt. Für diesen 1. Bauabschnitt mit 48 Wohnungen hat ÖVP-STR Stummer den Verantwortlichen der Bürgerinitiative eine Zustimmung abgerungen. Dies obwohl weiterhin eine Verkehrslösung und Bauzufahrt fehlen. Als Gegenleistung gab es eine wage Absichtserklärung, weiter mit der Bürgerinitiative nach gemeinsamen Lösungen zu suchen. Das Ergebnis der ungewöhnlich heißen Debatte war, dass die ÖVP diesen Teil des Bauprojekts mit ihrer Mehrheit gegen alle anderen Parteien durchpeitschte.

Wir von der KLS halten es prinzipiell für bedenklich, wenn eine überwiegend stadteneigene Wohnbaugesellschaft Wohnbauland über Mittelsmänner kauft, die mit den Umwidmungen der Grundstücke in Bauland saftige Wertsteigerungen einstreichen.

Warum kauft die GEDESAG nicht selbst günstig Grünland und lässt es dann von der Stadt umwidmen? Unabhängig von diesen Vorgängen lehnen wir Grundstücksspekulation generell ab! Wir verlangen, dass die Stadt jeder Möglichkeit der Grundstücksspekulation energisch einen Riegel vorschiebt, indem für sozialen Wohnbau nur für die endgültigen Bauführer Grundstücke in höhere Bauklassen umgewidmet werden!

Wir von der KLS treten auch dafür ein, dass die Stadt gemeinsam mit der GEDESAG (welche zu 2/3 im Stadtbesitz ist), endlich Pläne für die Zukunftsentwicklung der gesamten Stadt vorlegt und diese mit den betroffenen Bürgern abstimmt. So wollte es der Initiativantrag der Bürgerinitiative „Am Steindl“. Doch wurde dieser von ÖVP und SPÖ mittels Abänderungsantrag abgedreht.

Mag. Wolfgang Mahrer

Bgm Rinke war sauer!

Ein Offener Brief betreffend die exorbitanten AST-(Anruf-Sammeltaxi)-Gebührenerhöhungen von Mag. Wolfgang Mahrer an Bürgermeisterin Rinke und der Bericht der NÖN über denselben sowie die dazugehörige Plakataktion ließ die Rathauschefin lt. NÖN „sauer“ werden.

Zuvor hatte Bgm. Rinke versucht, Bürgerunmut zu Stadtbuskürzungen und AST Taxi-Tarifexplosion abzuwimmeln und

wort mit „Gerechtigkeit“ zu begründen, forderte Mag. Mahrer natürlich erneut zu einem Antwortbrief und einer Replik in der NÖN her-



Der „offene Brief“ als Plakataktion im Vorgarten von Mag. Mahrer

hoffte diese Geschichte aussitzen zu können. Durch die Aktion von Mag. Mahrer war sie gezwungen, auf die von ihm zusammengefassten Bürgeranliegen zu reagieren, was ihr offenbar sauer aufgestoßen ist.

Mag. Mahrer ist der Meinung, dass eigentlich die BürgerInnen wegen der Kürzungen bei Strecken und Fahrhäufigkeit des City Busses sowie dem Wucher bei den AST-Taxitarifen auf Bgm. Rinke sauer sein können, nicht umgekehrt!

Die AST-Tarifierhöhungen von bis zu 400 Prozent in ihrer Ant-

aus. Mag. Mahrer zerpflückte nicht nur das fadenscheinige Argument der Gerechtigkeit sondern machte auch konkrete Verbesserungsvorschläge.

Zur ganzen Thematik fehlt nach wie vor die versprochene Evaluierung der radikalen bürgerfeindlichen Maßnahmen. Wir sind gespannt, ob sich dann Frau Bgm. Rinke an die Argumente von Mag. Mahrer und der zahlreichen anderen protestierenden BürgerInnen erinnern wird.

Oder wird Sie weiterhin nur in Budgetzahlen denken, statt an die Kremser BürgerInnen?



4 Millionen Euro für wertloses Auland: Kein Straftatbestand, aber politischer Skandal bleibt!

Die Unterschrift von ÖVP-Bgm. Hölzl unter einen Kaufvertrag für wertloses Auland mit einem Quadratmeterpreis von 32 € statt der üblichen 0,70 € mag strafrechtlich irrelevant sein. Begründung: Weil es dazu vorher einen entsprechenden Gemeinderatsbeschluss gegeben hat. Soweit die Feststellung der Staatsanwaltschaft zu dieser Causa.

Leider ist es kein Straftatbestand wenn eine Partei, in dem Fall die ÖVP, einen Antrag im Gemeinderat stellt, der so schlecht vorbereitet ist, dass die Gemeinderäte keine Information darüber bekommen, dass dieses Grundstück seitens der Landesregierung niemals eine Umwidmung von Grünland in Gewerbegebiet bekommen wird. Der Grund, warum man einem Grund-

besitzer den Preis für Gewerbe-land bezahlt, obwohl keine Umwidmung vorhanden ist und nur Grünland verkauft wurde, bleibt auch nach der Einstellung des Verfahrens gegen Exbürgermeister Hölzl im Dunstkreis der ÖVP verborgen. Es kann ein Fehler oder Absicht gewesen sein. Solange die Beteiligten die Hintergründe nicht offenlegen werden wir dies nicht beurteilen kön-

nen. Es wäre ja auch genug Zeit gewesen diesen Gemeinderatsbeschluss rückgängig zu machen.

Die politische Verantwortung bleibt bei der ÖVP, die damit um einen Skandal, der die Stadt belastet, reicher ist. Keine Verfahrenseinstellung kann die ÖVP von dem Faktum, dass unsere Steuermillionen verschwendet wurden, reinwaschen!

Krach um Kremser Bahnhofsparkdeck *(Fortsetzung von Seite 2)*

sperren 170 Autos keine Lösung sein. Denn sie würden dann wieder Plätze auf der Straße für PendlerInnen verstellen.

Gerade die ÖBB, deren Vorstand hunderte Millionen durch Spekulationen vernichtet hat und die mit Steuergeld auch der Kremser BürgerInnen subventioniert wird, sollten etwas überlegter in dieser Sache handeln. Nicht Streit zwischen der chronisch finanzmaroden Stadt Krems und den defizitären ÖBB bringt eine Lösung, sondern die Suche nach neuen Ideen.

Da der Ausbau des Parkdecks derzeit sicher an den enormen Kosten scheitert, wäre z.B. zu klären, wie viele Stellplätze im Bereich des Frachtenbahnhofes hinter dem neuen Parkplatz Bertschingerstraße u. U. durch Firmenumsiedlungen geschaffen werden könnten. Oder ob im Bereich Landersdorf eine Haltestelle mit Pendlerparkplätzen errichtet werden könnte. Diese Parkplätze wären im Grünland sicher weit günstiger zu errichten.

Da die PendlerInnen auch großteils aus Umlandgemeinden kommen,

sollten diese in die Realisierung und Finanzierung einbezogen werden.

Die von den Bahnhofsanrainern geforderte Kurzparkzone mit

Anwohnerparkkarten als Antwort bei Nichtbeteiligung würde den Pendlerinnen und Pendlern ja auch nicht weiterhelfen.

Umverteilen!

Geld, welches für den Ausbau und Erhalt des Sozialstaates, für ein menschliches Gesundheitssystem, für armutsfeste Pensionen, für ein besseres Schulsystem angeblich fehlt, wird jetzt den Verursachern der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Rachen geworfen.

Die arbeitende Bevölkerung zahlt für Produktionseinstellungen und Pleiten mit Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnkürzungen.

Zeit zu sagen:

Wir zahlen nicht für die Krise der Reichen!

Zeit für die Wende!

Es ist genug für alle da!

ÖGB Krems diskutierte über „faire“ Bedingungen für alle!

Mit Ex-Sozialminister Dr. Buchinger diskutierte eine prominente Runde über „Fairteilen“ als Gebot der Stunde. Gerade wegen der Krise hat sich die Vermögensverteilung aber auch die Verteilung der Arbeitsstunden nachteilig für die Bevölkerung entwickelt. **Unfaire Einkommensentwicklung mit sinkender Kaufkraft haben die Krise mit verursacht**, meinte AK Vizepräsidentin Adler.

Dr. Buchinger kritisierte, dass die letzten Jahre eine **massive Umverteilung von Arm zu Reich und Superreich** stattfand. Das Faktum, dass die Lohnquote von 1980 bis 2006 gesunken ist, die Lohnsteuer gleichzeitig um 3% stieg, nannte er richtigerweise ein Geschenk der Politik an die Reichen.

Warum die SPÖ dabei mitmachte und der ÖGB zusah, wurde leider nicht diskutiert. Man hat das Bankenpaket einhellig als richtig und notwendig bezeichnet, dies ist für uns nicht verständlich. Man hat damit nur die Superreichen vor einem Absturz ihrer Bankaktien bewahrt, indem man den Banken ihr selbst verspekuliertes Kapital ersetzte. Den kleinen Kunden der Banken, die durch schlechte Beratung und Provisionskeilerei ihr Ersparnis zum erheblichen Teil verloren haben, hat der Staat nicht geholfen. Auch so wird umverteilt vom „kleinen Mann“ zum Superkapital.

Die Reichen haben von der Krise weltweit profitiert, aber jetzt weigern sie sich überall für die durch ihre Spekulationen ausgelöste Krise zu zahlen und Finanzminister wie unser ÖVP-Pröll wollen wieder nur einseitig

die normalen Bürger belasten, statt Vermögende gerecht zu besteuern!

Dazu einige Fakten:

Reiche: Rund 420 Milliarden Euro beträgt das private Geldvermögen in Österreich, welches sich laut Nationalbank wie folgt verteilt: 1% der Österreicher (ca. 8000 Personen) sind superreich und besitzen 27 Prozent des gesamten Geldvermögens, die obersten 10 % besitzen über die Hälfte, das reichste Drittel vier Fünftel des Geldvermögens.

Ähnlich bei Immobilien: Die obersten zehn Prozent besitzen über 60 Prozent des in Wohnungen, Häusern und anderen Objekten angelegten Vermögens. (aus Der Standard, 12.1.2010).

Trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise ist das Vermögen der reichsten Menschen z. B. in Großbritannien um 30 Prozent gewachsen. Der Reichste von ihnen konnte im letzten Jahr sein Vermögen von 10,8 auf 22,5 Milliarden(!) Pfund steigern! (ORF.at 24.4.2010).

Armut: Einen guten Monat später (23.2.) konnte man ebenfalls im Standard lesen dass die Zahl der Sozialhilfeempfänger 2009 erneut um 8,7% angestiegen ist (2008 + 7%) und jetzt 100.000 Österreicher vom Sozialamt (mehr schlecht als recht - Anm. der KN Red.) versorgt werden.

Kapitalistische Gier: Laut Attac Info 14-15/10 berichtet das Finanzmagazin „Absolute Return & Alpha“, dass die 25 bestbezahlten Hedge-Fonds-Manager 2009 zusammen 25,3 Milliarden US-Dollar „verdienten“. Die Num-

mer eins, David Tepper, räumte allein vier Milliarden US-Dollar ab. Damit sind nach der „Vernunft des Marktes“ Hedge-Fonds-Manager die wertvollsten Leistungsträger der Welt (FAZ, 2. April 2010). Dabei sind es sie, die die Welt durch Spekulation in die tiefste je dagewesene Krise stürzten. Jetzt sind es wieder ihre Spekulationen, die Griechenland in den Ruin treiben und auch wir müssen dafür zahlen! Für uns wären diese Ausplünderer ganzer Volkswirtschaften, ein Fall für die Justiz. Aber für die kapitalismusfreundlichen Regierungen ob sozialdemokratisch oder konservativ, sind sie unantastbare Stützen des Systems.

**Arbeitnehmer
und
Arbeitnehmerinnen
sind nicht schuld
an der
Wirtschaftskrise.
Warum sollen sie jetzt
alle Lasten tragen?**

Daher:

**Verteilungsgerechtigkeit und
Reichensteuer jetzt!**

**Zuerst der Mensch
und
dann der „Markt“!**



„Pleitegeier“ im Anflug: Schlechte Note für Kremser Stadtfinanzen!

Was wir von den „KREMSENER NACHRICHTEN“ schon Ende letzten Jahres berichteten, hat jetzt auch Eingang in einen Bericht der NÖN gefunden.

Wir haben unter dem Aufmacher „Stadtfinanzen 2010 – düstere Aussichten“ auf die katastrophale Finanzsituation unserer Stadt hingewiesen. KLS-GR Kral hat in seiner Budgetrede angeprangert, dass die ÖVP-Bürgermeisterin Rinke der Bevölkerung einen ausgeglichenen Jahresabschluss für 2009 vorspielt. Dabei hat sich ein ausgeglichenes Budget 2009 längst als „Fata Morgana“ herausgestellt und mit dem Beschluss, Darlehensrückzahlungen auszusetzen, wurde im September 2009 der Offenbarungseid geleistet. Dies war schon damals die realistische Beschreibung unserer Finanzsituation durch KLS-GR Franz Kral.

„...Nach einer aktuellen Studie der BSL Managementberatung Austria schrammen Waidhofen/Ybbs und Krems mit Finanzindizes von 4,37 bzw. 4,36 nur knapp am 'Nicht Genügend' vorbei – die beiden Statutarstädte sind laut BSL die finanziell 'kränksten' Österreichs...“, berichtete die NÖN am 26.4.10.

Dass Bgm Rinke und die ÖVP den Ernst der Situation noch nicht begriffen haben, zeigt der jüngste Streit mit SP-VzBgm Resch, ob die Stadt 111 oder 150 Millionen Euro Schulden hat (NÖN 10.5.10). Die Differenz von 39 Millionen an Schulden hat man in die stadteigene KIG ausgelagert und dafür den Banken entsprechende Garantien seitens der Stadt abgegeben. Das hat Bgm Rinke offenbar vergessen!

Den Firmen und Bürgern im Bezirk Krems geht es allerdings um nichts besser, dies zeigt die traurige „Führungsrolle“ unseres Bezirkes in der NÖ Pleitestatistik.

Mag. Wolfgang Mahrer



Träume sind Schäume – oder der Traum vom Groß-Krems!

Als kostensparende Strukturreform klingt die Idee von StR Chaloupeks Idee von Groß-Krems vernünftig. Wären da nicht die Erinnerungen an die Gemeindefusionen im Dritten Reich. Aber selbst wenn man diese grauenhafte Zeit für diese Überlegungen ausblenden würde, bleibt „Selbstbestimmtheit“ der diversen Lokalpolitiker. In den 20-er Jahren hat man ja sogar Wien von Niederösterreich getrennt, um ja eine „schwarze“ Mehrheit im NÖ-Landtag, der damals noch in Wien residierte, zu erreichen.

Nachdem Österreich Teil der EU wurde, gab es die Ideen, alle Bundesländer abzuschaffen oder zu 3 großen „Bundesländern“ zusammenzufassen. Beide Ideen haben zum ablehnenden Aufschrei aller neun Landesfürsten geführt. Jeder von ihnen hat gerne viele Mitarbeiter, die ihm dann bei der nächsten Wahl die Stimme geben. Gerade da wären aber hohe Kosteneinsparungen und viele Vorteile für die Bürger realisierbar (z. B. einheitliches Bau- und Schulrecht in ganz Österreich etc.). Aber Landesfürsten wie Pröll und die lokalen Ortskaiser wehren sich, wider jede Vernunft, vehement gegen die geringsten Abstriche in ihren Einflussbereichen.

Nach den Gemeindefusionen in den 70-er Jahren hat es erbitterte Auseinandersetzungen gegeben und zahlreiche Gemeinden haben sich nach jahre-

langem Streit wieder voneinander getrennt. Da die Politiker in Österreich überall sparen, nur nicht bei ihnen selbst, wird es wohl eine Gemeindeform wie in Dänemark nicht geben. Dort wurde die Anzahl der Gemeinden um 2/3 reduziert, um Kosten zu sparen. Bei uns zählen die roten und schwarzen Parteizentralen nach jeder Wahl begierig die Anzahl „ihrer“ Bürgermeister. Wenn es gemeindeübergreifende Zusammenarbeit gäbe, dann wäre es günstig, würde Mautern wegen seiner sehr geringen Verschuldung z. B. das Finanzmanagement für Krems übernehmen. Aber wer würde sich das freiwillig antun, bei einem 150 Millionen € Schuldenberg unserer Stadt (6120 €/pro Kremser)? Nach dem „dänischen Modell“ wäre Krems wohl ein Teil St. Pöltns, aber dessen Schulden sind ja auch nicht viel geringer als unsere. Ob sich das wer wünscht? Allein die Doppelgleisigkeit der Verwaltungsapparate von Bezirkshauptmannschaften und den Magistraten der Städte mit eigenem Statut, wie Krems oder St. Pölten, mit je 2 Passämtern etc. ist anachronistisch. Aber würde sich die Kremser Bürgermeisterin dem Bezirkshauptmann unterordnen wollen und unser eigenes Stadtrecht aufgeben? Wohl kaum. Das ist wohl auch StR Chaloupek klar. Aber träumen wird man ja noch dürfen, wenn schon kein Geld mehr für eine vernünftige Stadtentwicklung da ist!

Aufregung um Baustadtrat Stummer!

Als NÖN und Kurier Ende April von einer Anzeige gegen ÖVP-StR Stummer berichteten, gab es in Krems große Aufregung. Auch für uns gilt die Unschuldsvermutung für den Baustadtrat. Aber die Reaktion von ÖVP-Bgm Rinke im Kurier vom 27.4. erscheint uns als zu unprofessionell für ein Stadtoberhaupt. Unserer Meinung nach, hätte sie als Höchstverantwortliche der Stadt, in einem laufenden Ermittlungsverfahren gegen StR Stummer als quasi ihren Untergebenen dazu keine Stellungnahme abgeben sollen.

Die Tatsache, dass StR Stummer Bgm. Rinke jetzt Belege gezeigt hat, ist sicher eine Entlastung für ihn. Aber es muss auch geprüft werden, wann und wie die Belege und Zahlungen verbucht wurden, ob der gesamte Leistungsumfang von den Rechnungsbeträgen abgedeckt ist. Im Weiteren wäre zu prüfen ob diese Verkäufe mit den § 32 Zif.26g bzw. §47f des Stadtrechtsorganisationsgesetzes in Einklang stehen. Dafür ist laut §48 dieses Gesetzes das Kontrollamt zuständig. Eine seriöse Aufklärung der Vorwürfe ist unserer Meinung im Interesse unseres Baureferenten und der BürgerInnen von Krems. Die vorschnelle Äußerung der Bürgermeisterin könnte man allzu leicht als parteipolitische Entlastungsoffensive verstehen.

FPÖ will Einfrieren der Gehälter der Magistratsbediensteten!

KLS- GR Kral hat in seiner Budgetrede ÖVP-Bgm. Rinke und FPÖ-GR Rosenkranz als Beziehungsdoppelter Politikerbezüge aufgefördert, auf einen Teil ihrer Doppelpagen zur Sanierung des Stadtbudgets zu verzichten. Naturgemäß gab es keine Zustimmung der beiden.

Dafür will aber jetzt FPÖ-GR Friedl die Bezüge der Magistratsbediensteten einfrieren und verlangt, dass man dafür die gesetzlichen Voraussetzungen schafft.

Dies ist das wahre Gesicht der FPÖ, die sich so gerne als die neue Arbeitnehmerpartei verkauft: Politikerdoppelbezug einstecken,

aber Magistratsbediensteten den Teuerungsausgleich streitig machen!

Dabei sind Dr. Rosenkranz und Dr. Friedl von der FPÖ seit Jahren konsequente Befürworter der exorbitanten Gebührenerhöhungen bei Wasser, Kanal, Müll, Stadtbuss und Anruf-Sammeltaxi!



Der Euro-Milliardenpoker!

Zuerst hieß es, die Griechen brauchen 11 Milliarden €, bald aber wurden daraus wurden 110 Milliarden! Die Eurospekulationen wurden trotzdem nicht gestoppt.

Jetzt haben die EU-Finanzminister gleich **750.000.000.000 € (750 Milliarden) locker gemacht**, um den Euro zu stabilisieren. Gleichzeitig musste die Europäische Zentralbank, als Währungshüterin des Euros, eigene Stabilitätsgrundsätze über den Haufen werfen und unter Anderem marode Staatsanleihen aufkaufen, was bisher strikt verboten war.

Die Superreichen und Spekulanten feierten diesen Geldsegen mit einem wahren Kursfeuerwerk an den Börsen um gleich darauf erneut den Euro mit Spekulationen unter Druck zu bringen.

Bei der nächsten Spekulationsattacke wird man sich die nächsten Milliarden von den Steuerzahlern holen. Zuerst waren es neben den US-Politikern auch Europas Politiker, die für die Abschaffung des Bretton Woods Abkommens in den 70-er Jahren eintraten.

Damit wurden die riesigen Währungsspekulationen erst ermöglicht, die bereits Millionen Menschen weltweit in die Armut getrieben haben. Danach, Ende der 90-er Jahre, haben uns die Politiker seinerzeit mit der Lüge „**stabilste Währung der Welt**“ den Euro aufs Auge gedrückt.

Jetzt kritisieren Sie zwar die Spekulation, ohne diese aber mit Gesetzen zu bekämpfen! Was die Politiker machen, ist einfach nur Gegenspekulation auf unsere Kosten mit offenem Ausgang!

Dabei ist dies leicht möglich, wie das kleine südamerikanische



Für unser Geld ist Politikern keine Spekulation zu teuer!

Land Chile bewiesen hat. Als dort die Meute der Spekulanten den chilenischen Peso in Grund und Boden spekulieren wollte, hat man praktisch über Nacht eine Parlamentssitzung einberufen.

In dieser hat man ein **Gesetz** beschlossen, welches die **Spekulanten sofort stoppte** und den Peso endgültig festigte. Nach diesem Gesetz musste jeder, der Pesos kauft oder verkauft und nicht für reale Geschäfte oder Investitionen verwendet, 100% des Kaufpreises in US Dollar zinslos für 1 Jahr bei der Chilenischen Nationalbank hinterlegen.

Da Spekulation vom mehrmaligen Besitzerwechsel des Spekulationskapitals pro Sekunde (!!!)

lebt, war dies der Todesstoß für die Spekulanten!

Das heute noch gültige Gesetz gibt dem Finanzminister und Notenbankchef Chiles die Kompetenz, per Erlass die Höhe des zu hinterlegenden \$-Betrages und die Hinterlegungsfrist festzulegen. Stufenweise wurde der Hinterlegungsprozentsatz auf heute 0% (!) und der Zeitraum ebenfalls auf 0 Tage gesenkt. Beides kann aber sofort wieder per Erlass erhöht werden. Daher haben die Spekulanten nie mehr versucht den chilenischen Peso anzugreifen, da sie fürchten müssen erneut zu verlieren.

Warum konnten die EU-Verantwortlichen nicht Gleiches machen? Sind ihnen die Gewinne der Spekulanten wichtiger als das Volk, welches durch diese ausgeplündert wird, wie man an Griechenland sieht. Lieber den Völkern Europas den Lebensstandard einschränken als Spekulanten bekämpfen, so sieht die Politik der EU aus!

Mag. Wolfgang Mahrer





KULTUR MITTE

3500 KREMS – OBERE LANDSTRASSE 8



Günther "Tschif" Windisch, GRin Bergmaier, Andi Pianka, Andreas Plammer, der Sieger Wolfgang Kühn, Barbara Sabitzer, GR Kral, Thomas Jascha

1. Kremser Poetry Slam

Zwölf LiteratInnen kamen zu diesem von GR Kral mit Slammaster Günther „Tschif“ Windisch organisierten Literaturbewerb. Die spannenden Texte deckten das breite Spektrum unserer Zeit ab. Ob besondere Lebensumstände oder Gefühle, oder die gekonnte Betrachtung politischer Verhältnisse, die Texte trafen immer ins Schwarze und den Geschmack des begeisterten Publikums, welches auch die „Jury“ stellte. Den Sieg errang Wolfgang Kühn aus Langenlois. Den von Bgm Rinke gestifteten Hauptpreis überreichte, als ihre Vertretung, STR Hagmann. Den zweiten Preis überreichte GRin Andrea Bergmaier in Vertretung von VzBgm Dr. Resch. GR Kral überreichte den von ihm selbst gestifteten Pokal für den 3. Platz im 1. Kremser Poetry Slam.

Dicht besetzt war der Publikumsbereich in der Kultur Mitte. An den Wertungen ist der unterschiedliche Geschmack der Jury zu erkennen.



Als letzte Veranstaltung der Kultur Mitte vor der Sommerpause wurde am 7. Mai eine Ausstellung mit digitalen Fotobearbeitungen mit dem Titel

„Tokyo Tension – Impressionen einer Reise“

von Stefan Emmelmann durch GRin Adelheid Graf in Vertretung von Bgm. Rinke eröffnet.



Zu den im Anschluss an diese Reise entstandenen Arbeiten schreibt die Fotojournalistin Bettina Michels: „...der Künstler arbeitet mit seinem fotografierten Ausgangsmaterial am Computerbildschirm: über viele Arbeitsgänge filtert er das für ihn wesentliche heraus und verdichtet es. Erst die langwierige digitale Bearbeitung der Bilder erzeugt diese hypnotisierende Atmosphäre, diese grafische Dichte. Dem Betrachter begegnen Momente von großer Intensität, die Zeit wird rasant beschleunigt, aus der Flut von Motiven und Zeichen werden die bildnerischen Elemente neu kombiniert... Tokyo Tension – das Portrait einer grellen, lauten, hektischen Stadt, die perfekte Projektion einer reichen Metropole des Konsums...“